

Viktoria Waltz

Identität und Lebensqualität in der Ruhr City – Über die mögliche Rolle der türkischen Zuwanderer

Zuwanderung ist konstitutiv für die großen Städte – ohne Zuwanderung gäbe es sie nicht (vgl. Häußermann/Oswald 1997). Die Identität des Ruhrgebietes speist sich über Zuwanderung. Wie kein anderer Raum verfügt das Ruhrgebiet über eine lange Migrationsgeschichte. Die Ruhrregion ist in der Gründerzeit ohne die Zuwanderung aus Polen und nach dem 2. Weltkrieg aus dem Mittelmeerraum nicht zu denken. Die Region hat diese Zuwanderer ohne große Qualifikation und bereit zu jedweder Schwerstarbeit neben den Kriegsflüchtlingen dringend gebraucht. Diese Zuwanderer haben das Ruhrgebiet als wirtschaftliches Zentrum und Motor der industriellen Entwicklung in Deutschland mit aufgebaut und seinen Wiederaufbau nach der nationalsozialistischen Zerstörung erneut möglich gemacht. Sie haben natürlich immer auch die Kultur des Landes mitbestimmt und verändert (vgl. Oenning 1990). Vor allem hatte diese Region eine ausgeprägte Arbeiterkultur, sei es das Taubenzüchten, seien es Schalmeien- und Fanfaregruppen, die Kleingartenromantik, Prolet- und Revolutionskult, katholische Prozessionen oder Feste der Heimatvereine – damals wie heute.

Heute sind es die Anrainer des Mittelmeerraumes, vor allem die Zuwanderer aus der Türkei, die in den Kernstädten des Ruhrgebietes das Bild und den Alltag der ehemaligen Arbeiterquartiere mitbestimmen. Der Strukturwandel, der die Ruhrregion nun schon seit Jahren zwingt, neue Wirtschaftszweige und damit neue, moderne Arbeitsplätze anzusiedeln, hat jedoch die historisch willkommene Zuwanderungstradition für niedrig qualifizierte und schwerste Arbeit schleichend zerbrochen, und die traditionellen ArbeitsmigrantInnen sind zu einem erheblichen Teil Opfer dieses Strukturwandels geworden. Soziale und politische Verantwortung haben aber dafür gesorgt, dass die Zuwanderer nun Wohnbürger geworden sind und ihr Leben nicht mehr wie zu Beginn ihres Kommens in Notunterkünften, Industriebaracken und Junggesellenheimen fristen müssen. Dieses Schicksal trifft noch die Asylsuchenden und Flüchtlinge.

Die Statistiken belegen, dass MigrantInnen noch immer stark benachteiligt sind. Die große Mehrheit der Zuwanderer absolviert nur die Hauptschule – auch wenn sich die Abiturientenzahlen in 30 Jahren Migrationsgeschichte verdoppelt haben. Sonderschüler sind sie in doppelt so hohem Maße, und arbeitslos sind sie in doppelt so hoher Quote wie die deutschstämmigen (vgl. Bundesbeauftragte 2002: 174ff und 302ff).

Auszug aus:

Ivonne Fischer-Krapohl, Viktoria Waltz (Hg.) (2007): Raum und Migration
Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen; Bd. 128

Obwohl die Mehrheit der Zuwanderer in Deutschland türkischer Herkunft ist, können sie als die am stärksten benachteiligte Gruppe bezeichnet werden. Denn türkische Zuwanderer haben das Pech anders zu sein: Vor allem sind sie muslimischen und nicht christlichen Glaubens, obwohl das in unserer säkularisierten Welt kein Problem darstellen dürfte – denn hier sollte gelten: ‚Jedem nach seiner Façon‘, solange nicht Rechte anderer verletzt werden!

Sie bevorzugen – unüblich in unserer sexuell so emanzipierten Männerwelt –, sich häufiger in getrennten Männer- und Frauenräumen aufzuhalten, wie es die Frauenbewegung an ihrem Anfang für sich auch in Anspruch genommen hatte!

Und zudem tragen junge wie alte Frauen in der Öffentlichkeit häufiger Kopftücher und die Weiblichkeit verdeckende Übermäntel – sichtbares Zeichen, dass sie aus Tradition und/oder Religion die Trennung der Geschlechter für richtig halten – ein Unding für Frauen der Mehrheitsgesellschaft, obwohl das Kopftuch in unserer Gesellschaft in den fünfziger Jahren nicht unüblich war!

Sie leben noch immer in Großfamilien – wenn auch der Trend zur „klassischen Kleinfamilie“ geht. Und auch die größeren Familienverbände brauchen kein Problem darzustellen, birgt dieses Faktum doch auch positive Solidarzusammenhänge, wie sie in der Mehrheitsgesellschaft kaum noch bestehen, was dort wiederum beklagt wird!

Sie haben – noch – zumeist mehr Kinder als die deutsche Durchschnittsfamilie, was eigentlich ein Glück für die Zukunft der Gesellschaft sein sollte (vgl. BMFSFJ 2000)!

Gerade im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel sollten die Migranten und insbesondere auch die ‚Turkish Community‘ als Potenzial für die Ruhrregion angesehen werden. Doch nur wenn ihr Potenzial von Politik und Verwaltung verstanden und gefördert wird, kann ihre große Bedeutung überhaupt zum Tragen kommen.

1. Demografischer Wandel im Ruhrgebiet: Die interkulturelle und internationale Zukunft der Ruhr City

Die Arbeitsmigranten sind ein zentraler Baustein für die Zukunft des Ruhrgebietes. Die Diskussion um den Rückgang der Bevölkerung in den westeuropäischen Staaten gilt auch für das Ruhrgebiet. Es wird mit einer ‚Überalterung‘ und einer Schrumpfung der Zahl der EinwohnerInnen bis zum Jahr 2015 um mehr als 133.000 Menschen, gerechnet, etwa 7% weniger Menschen als heute. Die 1,3%, um die das Land NRW damit nach den Prognosen besser dastehen soll als das Bundesgebiet, sind das Ergebnis von Zuwanderung, besonders der Zuwanderung im Ruhrgebiet. Im kommenden Jahrzehnt, so die Prognosen, wird die Mehrheit der Bevölkerung bei jungen Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern im Ruhrgebiet einen Migrationshintergrund haben (vgl. Strohmeier 2002: 1f.).

Heute hat jeder zehnte Bürger oder Bürgerin in der Ruhrregion (557.000 von 5,4 Mio.) einen ausländischen Pass. Diesen Ausländern mit ihren größeren Familien und mehr Kindern verdankt die Region, dass der Bevölkerungsrückgang nicht heftiger und schneller vonstatten geht. Denn einerseits liegen die Zentren des Schrumpfungsprozesses in den Kernstädten der Ruhrregion; andererseits konzentrieren sich die ehemaligen Arbeitsmigranten aus den Anwerbeländern gerade dort, darunter bilden wiederum eine Mehrheit diejenigen türkischer Herkunft (vgl. ZfT 2002; Strohmeier 2002).

Die neueste Studie des ZEFIR in Kooperation mit dem ILS bildet diesen Prozess unter der zugespitzten Frage nach der sozialen, ethnischen und demografischen Spaltung in fünf NRW-Städten ab, darunter die Ruhrgebietsstädte Essen und Gelsenkirchen. Daraus lässt sich ableiten, dass inzwischen eine zunehmende Kombination von sozialer, demografischer und ethnischer Segregation vor allem in den schrumpfenden Großstädten stattgefunden hat, die als Konzentration von Armut, jungen Menschen und Kindern sowie der Migranten zu erkennen ist (vgl. ILS/ZEFIR 2006: 7ff).

Aus städteplanerischer und regionalentwicklungspolitischer Sicht gibt es vier zentrale Problemkreise, die aus diesen Veränderungen resultieren:

Problemkreis 1: Abwanderung geschieht generell aus den Kernstädten in die Randgebiete – auch ausländische Familien folgen diesem Trend, aber in sehr abgeschwächter Form (vgl. Strohmeier 2002: 68, 71; ZfT 2002: 51).

Problemkreis 2: Überalterung nimmt gleichzeitig in den Kerngebieten zu – dies kann bei den Ausländern nur bedingt festgestellt werden (vgl. Strohmeier 2002: 69; ZfT 2002: 51).

Problemkreis 3: Familien mit Kindern fliehen den Kern und wandern ab in die ländlichen Randgemeinden mit 1-2-Familienhausbebauung – schaut man aber kleinräumig genauer hin, so finden sich auch in den Kernstädten, wie z.B. in Dortmund, Quartiere mit hohem Anteil an Jugendlichen und Kinder, dann aber in den typischen Kleinräumen mit hohem Migrantenanteil (vgl. Strohmeier 2002: 76).

Problemkreis 4: höher qualifizierte, Familien mit und ohne Kinder, sowie Singles, fliehen in die suburbanen Randgebiete, denn die Kernstädte des Ruhrgebietes sind für diese nicht mehr attraktiv genug und die dort verbliebenen Zuwandererfamilien und auch deutsche Verlierer unter den Arbeiterfamilien nehmen in nur geringem Maße an den Chancen des sozialen Aufstiegs teil (vgl. ZfT 2002: 64). In den benachteiligten Stadtteilen sind sie im Wohnbereich bis heute die eindeutigen Verlierer und Opfer unterlassener Verbesserungen (vgl. z.B. Hanhörster/Mölder 2000).

Diesen Problemen kann nur mit den Zuwanderern entgegen gewirkt werden – und auch nur mit den alteingesessenen und den neuen Zuwanderern, die als hochqualifizierte Arbeitskräfte in die Region hinein geworben werden sollen (vgl. hierzu beispielweise Malatick 2002). Für beide Zuwanderergruppen und die alteingesessenen Deutschen müssen die Kernstädte familiengerechter werden und entsprechende Entwicklungen im Wohn- und Wohnumfeld eingeleitet und gefördert werden. Das bedeutet mehr Grün- und Freiflächen, mehr Gestaltungsspielraum, mehr Sicherheit und Spielraum für Kinder und Jugendliche, Wohnungen für differenzierte Bedarfe, vom Single bis zur Großfamilie (vgl. z.B. Gundlach Wohnungsunternehmen 1998).

Für die alteingesessenen Zuwanderer und die alteingesessenen Deutschen in den Kernstädten müssen die Chancen erhöht werden, über Aus- und Fortbildung einen angemessenen sozialen Platz im Rahmen der zukünftigen Entwicklung einnehmen zu können, vor allem die Kinder und Jugendlichen und jungen Familien mit Migrationshintergrund sollen gezielt und mit Absicht unterstützt werden, z.B. durch den Multikulturellen Kindergarten und die Multikulturelle Schule als Regelfall. Als ein Best-Practice-Beispiel wäre hier die „Ökologische und Multikulturelle Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck“ anzuführen, die

im Rahmen der IBA-Emscherpark 1997 als multikulturelle und multikonfessionelle Gesamtschule errichtet wurde (vgl. ZfT 2002: 74f.).

Für alle müssen die notwendigen persönlichen Entfaltungsräume eingeräumt werden, die sie sozial, ökonomisch, politisch und kulturell benötigen, um als gleichberechtigt und gleichwertig in der Region sich selber und mit der Region identifizieren zu können – Moscheen, Pagoden, Tempel und Synagogen sollten zum Stadtbild gehören wie Kulturzentren und Museen.

2. Planungsgeschehen in der Ruhr City – Verpasste und ungenutzte Chancen

Dank der Einsicht damaliger Stadtabgeordneter und der politischen Kultur jener Zeit wurden Anfang der 1980er Jahre auch im Ruhrgebiet in Stadtentwicklungsplänen Interessen und Bedürfnisse der Zuwanderer aufgenommen oder zumindest erstmalig beachtet. Es sind mir bekannt Beschlüsse von Rat oder Ausschuss zu Handlungsprogrammen zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen aus den Städten Essen, Oberhausen oder Duisburg. In anderen Städten ist Zuwanderung zumindest im Rahmen von Sanierungs- und Modernisierungsprogrammen thematisiert worden. Die Planergruppe Oberhausen veröffentlichte im Mai 1982 eine programmatische Schrift „Türkische Gärten im Ruhrgebiet“ zu den Freiraumansprüchen der türkischen Bevölkerung. Grabeland und erlaubte Landnahme („Geçe Kondu“¹) wurden dort als städtisches Schlüsselsystem für Integration eingefordert. Grabeland gilt als benötigter Akkulturationsraum, in dem geschützter Frauenraum, Selbstversorgergarten und gemischte Nachbarschaft gleichermaßen eine Chance haben, nützlich für den Haushalt; nützlich für den erfolgreichen Transit zwischen ländlicher Herkunft und neuem urbanen Lebensstil. Grabeland ist nützlich für Erholung von der harten Arbeit, vor allem aber auch nützlich für die Annäherung der Kulturen und das Zusammenleben in der Mischung zwischen Bohnenstangen und rosenumrahmten Rasenflächen der Laubengärten (vgl. Planergruppe Oberhausen 1982).

Aus den Handlungsprogrammen ist damals nicht viel geworden. Die Strukturkrise erfasste auch solche Pläne, Koloniehäuser wurden privatisiert, die illegalen Gärten fielen vielfach den Teilungen, neuen Wohnbauten oder Gewerbegebieten zum Opfer. Die IBA Emscherpark, begonnen Ende der 1980er, hatte die Chance, im Emscherraum die Frage der Zuwanderung erneut aufzugreifen. Die ‚IBA von Unten‘ legte dies den Entscheidern nahe. Immerhin konnte man damals feststellen, dass viele IBA-Städte beim Ausländeranteil höher lagen als der Ruhrdurchschnitt und dass gerade der Ausländeranteil in den vorgesehenen Planungsräumen bei bis zu 17% lag (z.B. in Duisburg), kleinräumig sogar zwischen 30% und 50% der Wohnbevölkerung lag (vgl. Waltz 1994). Die prägnanten Fotos der Werbebroschüren der IBA (IBA Memorandum) bedienten sich des Klischees: Ruhrgebiet = Zuwanderung = Türken = türkische Gärten. Nur: in der realen IBA-Planung zeigte sich an der Siedlung

Abb. 1: Türkische Gärten heute



Foto: V. Waltz

Schüngelberg, einer Siedlung mit etwa 70% türkischer Bewohnerschaft, dass das ‚System Türkische Gärten‘ kaum verstanden worden war – ein Großteil der genutzten Brache wurde für neue Wohnungen zerstört, obwohl es alternative Vorschläge gab. Und obwohl es hieß: ‚Das Gedankengut der Arbeitersiedlungen soll zeitgemäß interpretiert werden‘. Real aber war der Transitraum verschwunden, die Mieten hatten sich enorm erhöht und das, ohne dass mehr Wohnraum dazu gekommen wäre oder spezielle kulturelle Wünsche erfüllt werden konnten. Türkisch war nur noch der Name der Straße, die über das ehemalige Grabeland führte: Tepestraße = Bergstraße, ermittelt in einem Wettbewerb. Das war erfolgreiche Bürgerbeteiligung der Zuwanderer (vgl. Waltz 1994, Krummacher/Waltz 1993)!

Mit dem Nordrhein-Westfälischen Programm ‚Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf‘ begann Anfang der 1990er Jahre ein hoffnungsvoller Neuanfang mit dem Versuch, ein ‚Integriertes Handlungsprogramm‘ auf den Weg zu bringen. Bei der Auswahl der Stadtteile spielte bei den 28 Städten als Indikator die Problemlage ‚hoher Ausländeranteil‘ neben der Konzentration von Sozialhilfeempfängern, Alleinerziehenden und Arbeitslosen, eine zentrale Rolle.

Bei den Problemfeldern nannten die Städte: ‚Integration von Nicht-Deutschen‘ immerhin an zweiter Stelle. Bei der Benennung der Leitbilder allerdings kommt dieses Ziel in keinem einzigen Fall vor. Bei den Handlungsschwerpunkten im Bereich Soziales nennen immerhin noch 8 Städte die ‚Integration ethnischer Gruppen‘ als Aufgabe. In den 16 Ruhrstädten machen die Handlungsfelder zu Migration und Integration dann allerdings nur noch 9% von allen geplanten aus. Inhaltlich werden vor allem Sprachkurse und Frauentreffs angeboten, die Kirchen bemühen sich um den interreligiösen Dialog (vgl. ILS 2000: 18ff).

Das alles war ein Anfang – aber angesichts der geschilderten Herausforderung für das Ruhrgebiet muss die Frage gestellt werden – ist das wirklich genug? Sind nicht die Signale immer wieder falsch gesetzt worden, wenn die ‚Ausländer‘ vor allem als Problemgruppe, als Indikator zur Feststellung der ‚Belastung eines Gebietes‘ angesehen werden? Wenn gleichzeitig aktuell z.B. das Land NRW die Förderung des Türkischunterrichtes streicht, anstatt endlich eine Ressource darin zu entdecken; wenn z.B. die Stadt Dortmund dem Ausländerbeirat seine ohnehin schon geringen Mittel zur Förderung von Projekten der Vereine und interkulturellen Institutionen für das Jahr 2003 streicht? Und dies angesichts der schon genannten Tatsache, dass in naher Zukunft gerade die jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Mehrheit in ihrer Altersgruppe bilden werden?

3. Die ‚Turkish Community‘ als ‚West-East Bridge‘ nur eine Vision?

Rufen wir uns in Erinnerung:

- In allen kreisfreien Städten des Ruhrgebietes bilden die Migranten türkischer Herkunft die größte Gruppe.
- Fast die Hälfte aller ausländischen Passinhaber im RVR Gebiet sind türkischer Herkunft (257.000).
- 22% und nicht 17%, wie im Bundesdurchschnitt der türkischen Gemeinde im Ruhrgebiet, hat sich nach dem neuen Einbürgerungsrecht für einen deutschen Pass entschieden. (vgl. ZfT 2002: 6ff)

Zu dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe herrschen im Planungs- und Politikalltag aber mehr Klischeevorstellungen vor als dass es konkrete Kenntnisse gäbe. Im Familienbericht der Bundesregierung von 2000 kann man zum Beispiel zum Bild türkischer Frauen und Familien einiges Neues erfahren: Es gibt sie nicht, die türkische Frau, wie es nicht die deutsche Frau gibt. Entgegen der öffentlichen Darstellung sehen mehrheitlich auch türkische Frauen in der Bildung zentrale Mittel zur Gestaltung eigener Lebenskonzepte, und wenn nicht mehr für sich selbst, dann für ihre Kinder und vor allem für die Mädchen. Sie heiraten im Durchschnitt zwar jünger als die deutschen Frauen, aber sie haben inzwischen in der Regel nur noch zwei bis drei Kinder.

Sie können in weit höherem Maß als ihre deutsche Nachbarin hinsichtlich der Unterstützung bei der Kinderbetreuung auf ihren Mann zählen und auf seine Mithilfe im Haushalt. Sie trägt darüber hinaus mehrheitlich auch anders als ihre deutsche Nachbarin durch Vollzeitjobs zur Einkommenssicherung und damit auch zur Integration der Familie bei (vgl. BMFSFJ 2000; vgl. Bundesbeauftragte 2002).

Als ein weiteres Beispiel unserer beschränkten Wahrnehmung sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass heute aus den Ruhr-Hochschulen die sogenannten Bildungsinländer nicht mehr wegzudenken sind. Junge Frauen – mit und ohne Kopftuch – studieren erfolgreich in unseren Hörsälen in allen Fachbereichen. Im WS 2001/02 studierten in NRW 22.691 dieser sogenannten Bildungsinländer, also Kinder von Zuwanderern, und damit etwa 11 % aller Studierenden (vgl. LDS 2002). Darunter waren die 8.000 Studierenden türkischer Herkunft mit etwa 35 % die größte Gruppe. Gute Arbeitsmarktchancen, Aufstieg und Ansehen in der Gesellschaft und soziale Verantwortung waren bei einer Befragung an der Ruhr-Universität Bochum hauptsächliche Kriterien für die Studienfachwahl von Jura bis Sozialwissenschaften (vgl. Pressestelle der Ruhr-Universität Bochum 1997).

Verbreiteter sind Daten zur Erwerbstätigkeit, aber das Ausmaß und die Bedeutung an selbständigen Existenzen türkischer UnternehmerInnen ist weniger bekannt. Mittlerweile ist nämlich z.B. die Ruhrregion, die größte Städteregion Europas, das ökonomische Zentrum der türkischen Migrantengemeinde in Deutschland. Das Ruhrgebiet stellt die Hälfte der türkischen Selbständigen in NRW. 11.000 türkische Selbständige erwirtschafteten z.B. im Jahre 2000 fünf Mrd. Euro Jahresumsatz, investierten 2,1 Mrd. Euro in der Region und gaben 48.000 Menschen Beschäftigung. Sie sind aktiv

- im Einzelhandel,
 - in der Gastronomie,
- aber zunehmend auch
- im Bereich des Handwerks,
 - des verarbeitenden Gewerbes,
 - des Baugewerbes,
 - der Telekommunikation und der Neuen Medien
 - sowie im Dienstleistungssektor
- (vgl. ZfT 2002: 90ff).

Wir finden heute in den Stadtteilen Seniorendienste, Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater türkischer Herkunft, die nicht nur ihre eigene Gruppe beraten und versorgen.

Abb. 2: Migranten als Dienstleister



Foto: V. Waltz

Die unterschiedlichsten Migrantenunternehmen sichern in vielen Stadtteilen die nähräumliche Versorgung mit Lebensmitteln des Alltags und diversen Dienstleistungen. Die türkische Ökonomie ist nämlich längst den Kinderschuhen entwachsen und nicht mehr nur als lokale oder ethnische oder gar Nischen-Ökonomie zu bezeichnen (vgl. Fischer 2001). Sie zu nutzen, auch ihre enge Verbindung zum Herkunftsland Türkei, könnte sogar ermöglichen, dass das Ruhrgebiet sich zu einer Brücke zwischen West und Ost entwickelt.

Exkurs: Integration – ein schwieriges Ding

Ich möchte an dieser Stelle einen Exkurs zu dem uns Fremden der türkischen MigrantInnen eingehen – das Fremde basiert vor allem auf ihrer Religion. Ich beziehe mich hier auf niederländische Artikel aus dem ISIM (international institute for the study of islam in the modern world) in Leiden.

In einer säkularen Gesellschaft wie der unseren ist es nicht mehr real vorstellbar, dass Religion für das Alltagsleben eine Rolle spielt. Dass Religion aber für einen Teil der

Zuwanderer eine wichtige Rolle spielt, ist weder ungewöhnlich noch auf die muslimische Bevölkerung beschränkt. Vor allem die älteren Senioren unter den Zuwanderern wenden sich der Moschee wieder zu und wünschen das Freitagsgebet mit anderen Gemeindemitgliedern zu zelebrieren. In Deutschland wird kaum oder nur negativ thematisiert, welche realen Schwierigkeiten es für den Einzelnen geben kann, in einem kulturell und religiös fremden Umfeld seinen/ihren Weg zu finden, sei es als PatientIn im Krankenhaus, als jemand, der/die bei einer Scheidung vor einem bundesdeutschen Gericht steht oder auch als SchülerIn/StudentIn in einer Mensa (vgl. Ilkic 2002).

Mehr als ein Drittel der Muslime lebt in nicht muslimischen Ländern. Heißt das automatisch, dass sie sich von ihren Gewohnheiten, auferlegten Pflichten und Traditionen trennen müssen? Heißt es, dass sie die sie umgebende Welt islamisieren müssen? Heißt es wirklich, dass sie sich in eine demokratische Umwelt nicht integrieren können?

Unter den Islamschulen gibt es die eine orthodoxe Version, strikt zwischen den Welten des Islam und des Nicht-Islam zu trennen und die nicht-islamische Welt als feindliche Welt zu betrachten. Das macht es den in der Emigration Lebenden schwer, in der neuen Gesellschaft im ‚Exil‘ ohne religiöses Umfeld leben und die kulturbedingten anderen gesellschaftlichen Praktiken anerkennen zu können. Daneben aber existiert eine lebendige Debatte über ‚moderne‘ Denkweisen, die das Leben als Muslim in der Emigration erleichtern helfen soll.

Das Nebeneinander und die Akzeptanz der anderen (Buch-) Religionen sind nach dem Koran anerkannt und lebbar. Wie nicht immer bekannt ist, bezieht sich der Koran auf die Testamente und sind die Propheten auch im Islam anerkannte Propheten – es gibt also eher Gemeinsames denn Ausschließendes. Der Koran erlaubt dem Gläubigen im nicht-musli-

mischen Umfeld darüber hinaus, sich auch den Gegebenheiten anzupassen, die orthodoxe Auslegung ist eben auch persönliche Entscheidung.

Die Frage der Akzeptanz demokratischer Gesellschafts- und Politikformen hat ebenfalls ihren Niederschlag in den Auslegungen von modernen Islamgelehrten gefunden. Danach wird die Pflicht zu einem friedlichen Zusammenleben mit allen Menschen in den Vordergrund gestellt und dieser Gedanke mit der Idee des Pluralismus verbunden. Nur: dies sollte durch die Gewährung und Anerkennung der grundlegenden Bedingungen religiöser

Abb. 3: Türkische Grabsteine



Foto: Stephanie Meiering

Praxis durch die ‚aufnehmende‘ Gesellschaft auch erleichtert werden. Wir können nicht auf der einen Seite das Christentum als Basis unserer Gesellschaft in Verfassung und Ausbildung festschreiben und politische Parteien auf dieser Basis zulassen (in den USA und den Niederlanden gibt es sogar zugelassene Parteien, die ausdrücklich einen christlichen, nicht säkularen Staat fordern) und auf der anderen Seite ganz intolerant von ‚Fundamentalismus‘ und ‚Gefahr für die Demokratie‘ reden, sobald sich Muslime zu Wort melden und etwa einen muslimischen Kindergarten, den Bau einer Moschee, einen muslimischen Friedhof, d.h. grundlegende Bedürfnisse, erfüllt haben möchten (vgl. Hutson 2002; Masud 2002).

Helfen wir unseren muslimischen Bürgern bei der Entscheidung für einen modernen Weg. Verweigern wir ihnen nicht die Ausübung ihrer Religion und versuchen wir zu verstehen, in welchen Konflikten sie manchmal sein können, als Patientin beim Arzt, als Schüler in der Schule, als Mutter im Kindergarten.

4. Ruhr City – West-East Bridge, eine realistische Möglichkeit

Wenn die MigrantInnen in ihrer gesamten Verfasstheit, mit ihren Widersprüchen und inneren Konflikten respektiert würden, könnten diese neue Signale für den interkulturellen Dialog bedeuten und zu einer Ansicht und Nutzung der Potenziale führen, über die diese nicht unbedeutende, große gesellschaftliche Gruppe verfügt.

Die Ruhr Region kann und muss mit ihrem interkulturellen Potenzial den Diskurs zur Zuwanderung erneuern. Es muss Migration als Chance und Potenzial gesehen werden. Potenziale bestehen auf mindestens vier Ebenen:

- Stabilisierung und Qualifizierung der benachteiligten Quartiere,
- Verbleib der aufstrebenden Migrantenfamilien ebenso wie der entsprechenden deutschen Familien,
- Veränderung von Wanderungs- und Wirtschaftsverlusten im Kerngebiet,
- Wiederherstellung eines positiven Images der Stadtteile.

Diese Potenziale müssen durch die Politik gefördert und positiv besetzt werden. Dann können die türkischen Zuwanderer auf lange Sicht ein gewichtiger Faktor für die Zukunft der Ruhr City werden und ihre säkulare Tradition in die Verständigung zwischen den Kulturen und Religionen, also zwischen Okzident und Orient einbringen.

Potenziale gibt es unter dieser Sichtweise beispielhaft in folgenden Bereichen:
Erweiterung und Förderung der Lokalen Ökonomie
 mit

- Infrastrukturverbesserungen,
 - Aufbau und Förderung von Unternehmen und Investoren in der Stadt und aus dem Herkunftsland,
 - Angebot an Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen,
- und infolge dessen
- Bindung der vergleichsweise hohen Kaufkraft der Zuwanderer,
 - Kompensation der Rückzüge deutscher Investoren und eventuelles Zurückholen sowie
 - Erhöhung des Angebots an lokal orientierten und preiswerten Dienstleistungen und Lebensmitteln.

Abb. 4: Muslime setzen Zeichen



Foto: V. Waltz

Verbesserung und Diversifizierung des Bereichs Wohnen und Wohnumfeld
 mit

- Hauskäufen und Modernisierung für den Eigenbedarf,
- erheblichen Selbsthilfepotenzialen bei der Erneuerung und Verbesserung,
- lebendiger Nutzung des öffentlichen Raumes,
- gemeinschaftlicher Nutzung von Räumen sowie
- differenzierten und internationalen Angeboten bei der Alltagsversorgung.

Schutz und Festigung der Sozialen Netze im Stadtteil
 mit

- vergleichsweise guten familialen Unterstützungsnetzen,
- vergleichsweise lebendigen nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzen und
- Vereinen, die vielfältige (säkulare) Hilfe, Unterstützung und Beratung leisten.

Diese Potenziale in Anerkennung zu bringen und sie zu fördern, ist nach meinen Erfahrungen möglich und richtig, wenn sich die Region auf die Zuwanderer stützen will. Das betrifft die ‚deutschen‘ Institutionen, die Fachverbände wie Industrie- und Handelskammern oder Handwerkskammern, die religiösen Institutionen, aber vor allem Politik und Verwaltung. Das erfordert vor allem öffentliche, positive Signale‘ im Handeln.

Notwendig ist: Umschichten, nicht nur der Finanzen – auch des Denkens.

Das heiße vielleicht auch im Detail:

- finnische Schulplaner einzuladen, um Neues zu erkennen,
- die Arbeit der Sozial- und Migrationsdienste in niederländischen Stadtteilen anzusehen und die hiesigen zu reorganisieren,
- den interkulturellen Kindergarten und die interkulturelle Schule mit türkisch als einer ersten Fremdsprache für die einen und als Muttersprache für die anderen als Regelfall einzurichten,

- mehr Beschäftigte und Auszubildende mit Migrationshintergrund einzustellen,
- nicht immer wieder neue jährlich wechselnde Maßnahmen zu starten, nicht diese bestimmen deren Zukunft, sondern die gleiche Teilhabe an realen Chancen auf Dauer,
- die jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern – sie sind das Potenzial für die Zukunft der Ruhr Region.

Neue Signale müssen an die Migranten Communities gesendet werden, vor allem an die türkische! Und vielleicht ermahnt uns zu Recht Johann Wolfgang Goethe im ‚Buch des Sängers‘ im „West-östlichen Divan“:

„(...)

Wer sich selbst und andre kennt,

Wird auch hier erkennen:

Orient und Okzident

Sind nicht mehr zu trennen.

Sinnig zwischen beiden Welten

Sich zu wiegen laß ich gelten:

Also zwischen Ost- und Westen

Sich bewegen sei zum Besten! (...)“

(Goethe 1819/1988: 279).

Anmerkung

- 1 Der Begriff ‚Geçe Kondu‘ heißt wörtlich übersetzt „über Nacht erbaut“ und geht in der Türkei auf osmanisches Recht zurück. Demnach darf ein Haus, das über Nacht erbaut wurde, nicht mehr abgerissen werden. Entgegen vieler Darstellungen wohnen in so entstandenen Vierteln nicht nur Arme, auch Villenviertel sind in der Türkei „über Nacht erbaut“ worden.

Bibliografie

- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) (2000): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland; Leistungen, Belastungen, Herausforderungen; Sechster Familienbericht. Berlin
- Bundesbeauftragte (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen) (Hg.) (2002): Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/Bonn
- Fischer, Ivonne (2001): Ethnische Ökonomie als Potenzial zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile? Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund
- Goethe, Johann, Wolfgang (1819): West-östlicher Divan; Auflage 1988. Frankfurt am Main
- Gundlach Wohnungsunternehmen (Hg.) (1998): Habitat; Internationales Wohnen am Kronsberg; Registriertes Projekt der EXPO 2000 Hannover; Projektprospekt. Hannover
- Häußermann, Hartmut/Oswald, Ingrid (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung. In: dies. (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen, S. 9-29
- Hanhörster, Heike/Mölder, Margit (2000): Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich. In: Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft; Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München, S. 347-400
- Hutson, Alaine S. (2002): Gender, Mobility, and Sharia. In: ISIM (international institute for the study of islam in the modern world), Newsletter 11, December 2002, S. 16 (im Internet verfügbar unter : www.isim.nl/files/news1_11.pdf)
- Ilklic, Ilhan (2002): Der muslimische Patient, Medizinethische Aspekte des muslimischen Krankheitsverständnisses in einer wertpluralen Gesellschaft. Ethik in der Praxis/Practical Ethics, Bd. 10. Münster
- ILS (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW) (Hg.) (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf; ILS-Schriften 166. Dortmund
- ILS/ZEFIR (Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung) (Hg.) (2006): Sozialraumanalyse; Soziale, ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten; ILS-Schriften 201. Dortmund
- Krummacher, Michael/Waltz, Viktoria (1993): AusländerInnen in der IBA Emscher Park – ein ‚blinder Fleck‘ – Na und? In: Müller, Sebastian/Schmals, Klaus M. (Hg.): Die Moderne im Park?; Ein Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscherraum. Dortmund, S. 169-195
- LDS (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW)(2002): Zunehmende „Internationalisierung“ der -Hochschulen. Pressemitteilung 115/02 vom 9. September 2002 (im Internet verfügbar unter www.lids.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2002/pres_115_02.html)
- Malatacik, Can (2002): Zuwanderungsregion. Die Stadtregion Ruhr im Wettbewerb um die besten Köpfe. In: Fakultät Raumplanung (Hg.) (2002): Pentimento 03: Impulse des Förderturms der Visionen. Universität Dortmund, S. 10f.
- Masud, Muhammad Khalid (2002): Islamic Law and Muslim Minorities. In: ISIM (international institute for the study of islam in the modern world); Newsletter 11, December 2002, S. 17 (im Internet verfügbar unter : www.isim.nl/files/news1_11.pdf)
- Oenning, Ralf-Karl (1990): ‚Du da mitti polnischen Farben‘; Sozialisationserfahrungen von Polen im Ruhrgebiet 1918-1939. Münster/New York
- Planergruppe Oberhausen (1982): Türkische Gärten im Ruhrgebiet, Zu den Freiraumansprüchen der türkischen Bevölkerung. Oberhausen
- Pressestelle der Ruhr-Universität Bochum (Hg.)(1997): Viel Preis, viel Ehr - Türkische Studienwahl. In: RUBENS - Zeitschrift der Ruhr-Universität. Nr. 26 (im Internet verfügbar unter: www.ruhr-uni-bochum.de/rubens/rubens26/38.htm)
- Strohmeier, Klaus Peter (2002): Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet; herausgegeben von der Projekt Ruhr GmbH; Reihe Demographischer Wandel im Ruhrgebiet. Essen
- Waltz, Viktoria (2002): Migration und Stadt: best practice Beispiele in Nordrhein-Westfalen. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hg.): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft; Ist die multikulturelle Stadt gescheitert? Köln
- Waltz, Viktoria (1994): IBA Wohnprojekte und AusländerInnen. In: Initiativkreis Emscherregion e.V. (Hrsg.): IBA. Inspektion von Unten, Strukturwandel im Ruhrgebiet, IBA Emscher Park: ein Strategie?. Kongressdokumentation. Essen, S. 56f.
- ZfT (Zentrum für Türkeistudien) (2002): Ethnisches Mosaik des Ruhrgebietes; Typisierung der Stadtteile und der Migranten; herausgegeben von der Projekt Ruhr GmbH; Reihe Demographischer Wandel im Ruhrgebiet. Essen